

PKM Positionspapier

Die digitale Zukunft Europas gestalten: Fairen Bedingungen für einen starken Mittelstand im digitalen Wettbewerb

- Diskussionsentwurf -

1. März 2021

Hintergrund

Um faire und offene digitale Märkte sicherzustellen, hat die Europäische Kommission im Dezember 2020 den Digital Services Act (DSA)¹ und den Digital Markets Act (DMA)² vorgestellt. Im Januar 2021 hat die Kommission darüber hinaus eine Konsultation zur Digitalabgabe³ gestartet, mit dem Ziel einen modernen, stabilen Steuerrahmen zu entwerfen, der auf die Entwicklungen und Herausforderungen der digitalen Wirtschaft reagiert.

Mit diesem Positionspapier wollen wir einen Beitrag dazu leisten, die gemachten Gesetzesvorschläge aus Mittelstandssicht zu verbessern, das Thema Digitalsteuer aufgreifen, und gleichzeitig einen echten Mehrwert für den europäischen Mittelstand erreichen. Somit komplementieren wir die bereits gefundene Positionierung zu diesen Digitalthemen^{4,5} aus Mittelstandssicht.

Der Umsatz des eCommerce-Handels betrug im Jahr 2017 weltweit 1,2 Bio. Euro. Für das Jahr 2021 wird ein Umsatz des eCommerce-Markts von 2,4 Bio. Euro prognostiziert - ein Anstieg um einhundert Prozent in nicht einmal fünf Jahren. Weltweit nutzt schon heute jeder zweite Angebote aus dem Onlinehandel, bis 2025 werden dies etwa zwei Drittel der Menschen tun⁶.

Nicht nur die Corona-Krise hat gezeigt, wie unabdingbar der Handel mit Waren und Dienstleistungen im Internet geworden ist. Produkte können online auf Distanz bestellt und offline in kontaktarmen Prozessen übermittelt werden. Dies ist komfortabel und bietet gleichzeitig ein enormes Potential, sei es bei der vorübergehenden Kontaktreduzierung oder bei der Auswahl an Waren. Dennoch birgt es auch eine enorme Verantwortung für die, die den Handel auf Plattformen und in sozialen Netzwerken anbieten und kontrollieren.

¹ Europäische Kommission. (2020). Gesetz über digitale Dienste: mehr Sicherheit und Verantwortung im Online-Umfeld. [Quelle](#).

² Europäische Kommission. (2020). Das Gesetz über digitale Märkte: für faire und offene digitale Märkte. [Quelle](#).

³ Europäische Kommission. (2021). Eine faire & wettbewerbsfähige digitale Wirtschaft – Digitalabgabe. [Quelle](#).

⁴ Durz, Schipanski, Schwab, Voss. (2020). Soziale Digitale Marktwirtschaft und fairer, freier und offener Diskurs im Netz - zur Verantwortung und Regulierung digitaler Plattformen. [Quelle](#).

⁵ Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP). (2020). DSA Position Paper.

⁶ Statista. (2021). Digital Market Outlook - eCommerce worldwide. [Quelle](#).

Dabei hat sich in den vergangenen 15 Jahren ein strukturelles Ungleichgewicht in den Geschäftsbeziehungen und Verhandlungspositionen zwischen kleinen- und mittelständischen Unternehmen (KMU) und globalen Plattformen herausgebildet. Während erstere primär auf den Vertrieb ihrer Produkte fokussiert sind, kontrollieren und beeinflussen letztere mittel- und unmittelbar den Vertriebs Erfolg.

Dabei sind die digitalen Plattformen in der Lage, in Echtzeit Daten zu aggregieren und zu kombinieren. Dies erlaubt eine präzise, datenbasierte und zielgerichtete Vorhersage und Modifikation von Verhaltensweisen der Unternehmen als auch Nutzern auf ihren Plattformen. Diese Informations- und Datennutzungsasymmetrie stellt einen unlauteren Wettbewerbsvorteil dar, den das Produkt herstellende mittelständische Unternehmen so nicht hat. Dies gilt umso mehr, wenn die Betreiber der Plattformen im direkten Wettbewerb mit den Plattformnutzern stehen. Gleichzeitig sind die Erkenntnisgewinne aus den gewonnenen Daten für die verursachenden Nutzerinnen, Nutzer und Unternehmen nicht, oder nur unvollständig, transparent und für den Hersteller oft nicht einsehbar.

Wie digitale Plattformen selbst, muss deshalb auch die Gesetzgebung für diese Konzerne nutzerzentriert sein. So ist es nicht zielführend, agile Konzerne einer starren Gesetzgebung zu unterwerfen. Für das 21. Jahrhundert bedarf es regulatorischer ex-ante als auch ex-post Instrumente und Vorgaben, die kleine und mittelständische Unternehmen faire Bedingungen im digitalen Wettbewerb garantieren und gleichzeitig, unabhängig der Unternehmensgröße, Raum für Innovation schaffen. Dafür setzen wir uns ein.

Unsere Ziele

Wir wollen:

- **faire Wettbewerbsbedingungen** für kleine und mittelständische Unternehmen im digitalen Binnenmarkt der Europäischen Union (EU)
- **eine effektive Fusionskontrolle** zur Erleichterung und Ermöglichung des Wettbewerbs im digitalen Binnenmarkt
- **Informationssicherheit und Transparenz** bei der Anwendung anbieter- und nutzerzentrierter Algorithmen
- **starke, wirksame und einheitliche Instrumente** zur Durchsetzung und Einhaltungskontrolle neuer Vorschriften
- **eine zentralisierte Aufsichts- und Einhaltungskontrolle** anstatt 27 Einzelbehörden für den Europäischen Datenraum
- **das Verbot und die Sanktionierung unlauter Handelspraktiken, basierend auf rechtsicheren und nachvollziehbaren Kriterien, sowie die faire Besteuerung von Unternehmenseinkünften und -gewinne** von großen Internetkonzernen
- **Unterstützung von KMU bei der digitalen Transformation**, insbesondere bei nachhaltigen und strukturellen Investitionen

Unser Plan

Wir fordern:

- **einfache, verständliche und KMU-kompatible Geschäftsbedingungen** mit vollen Zugangs-, Nutzungs- und Besitzrechten an den von KMU generierten Daten
- **Verbot der Selbstbevorzugung** für großen Plattformen: wenn eine Plattform mit ihren eigenen Nutzern konkurriert, darf sie sich nicht selbst bevorzugen
- die **transparente Offenlegung** ihrer **mittlungsrelevanten Geschäftspraktiken** beim Sortieren ihrer Ergebnisse
- **eine frühzeitige Identifikation von Übernahmen und Zusammenschlüssen**, die Innovation und Wettbewerb im digitalen Binnenmarkt behindern, durch eine Überarbeitung der Fusionskontrollverordnung
- **praxisnahe, rechtssichere und geprüfte Reklamationsmechanismen für KMU** bei großen Plattformanbietern
- die **Einbeziehung von KMU** und ihren Interessensvertreter **bei der Ausgestaltung des Digital Markets Advisory Committee**, welches die Kommission bei Maßnahmen der Nichteinhaltung und Bußgelder beraten soll
- **Einen europäischen Wachsturm**, eingebettet in vorhandenen Strukturen, der die Ermittlungs-, Durchsetzungs- und Steuerungsbefugnis nationaler Behörden bündelt: eine effektive Aufsicht über digitale Plattformen darf nicht an unklaren Zuständigkeiten scheitern und muss deswegen auf europäischer Ebene gebündelt werden
- **Stärkere Sanktionierung unlauterer Handelsbedingungen und -praktiken** durch nutzerverhaltens- und umsatzspezifische Strafzahlungen und Verbote: Strafzahlungen müssen so ausfallen, dass sie auch auf internationale Großkonzerne eine abschreckende Wirkung entfalten
- **neue Ausgestaltung der Besteuerung von großen Plattformbetreibern** auf Basis eines internationalen Rechtsrahmens (OECD), die sich beispielsweise an Kriterien wie Nutzerzahlen, Datenvolumina, digitalen Kontrakten, Datenerfassungsprozessen, Verweildauern orientieren kann
- **Systematische Förderung der mehr als 9.000 kleinen und mittleren innovativen Online-Plattformen** in der EU, beispielsweise bei der Entwicklung datengetriebener Geschäftsmodelle und der Verbesserung ihrer Sicherbarkeit durch Forschungs- und Förderprogramme, wie eine Einbeziehung in das GAIA-X-Projekt